

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes  
**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund  
**Band:** 25 (1933)  
**Heft:** 7

**Artikel:** Das Kernproblem der Weltwirtschaftskonferenz  
**Autor:** Braunthal, Alfred  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-352641>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 02.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Das Kernproblem der Weltwirtschaftskonferenz.

Von Alfred Braunthal, London.

Als im Frühjahr 1932 der Plan zur Abhaltung einer Weltwirtschaftskonferenz gefasst wurde, war gerade der tiefste Punkt der Weltwirtschaftskrise erreicht. Damals konnte man hoffen, dass eine gemeinsame Anstrengung aller Völker zur Niederlegung der haushohen Barrieren, die handelspolitische Absperrungen, Devisensperren und das Eintrocknen des Kreditstroms dem Wirtschaftsverkehr gegenüber aufgerichtet hatten, den Prozess der Wirtschaftsbelebung beschleunigen würde. In dem Jahr, das inzwischen vergangen ist, sind diese Barrieren noch weiter gewachsen. Die handelspolitischen Absperrungen haben sich verdichtet, die Gruppe der stabilen Währungen ist durch den Abfall der Vereinigten Staaten von der Goldwährung noch weiter zusammengeschmolzen, die internationale Kreditlähmung durch die Erklärung des Moratoriums für sämtliche langfristige Auslandsschulden Deutschlands noch weiter fortgeschritten.

Andererseits aber hat sich in der Zwischenzeit die wirtschaftliche Depression doch schon um ein ganz klein wenig zu lockern begonnen. Oder noch vorsichtiger ausgedrückt: Nachdem während des Zeitraums vom Frühjahr 1932 bis zum Frühjahr 1933 ein gewisser Stillstand in der wilden Abwärtsbewegung der Wirtschaft eingetreten ist — von den üblichen Saisonschwankungen natürlich abgesehen —, beginnen sich nunmehr die ersten Anzeichen dafür bemerkbar zu machen, dass eine gewisse Erholung wenigstens vom tiefsten Tiefstand der Krise eintreten könnte. Wieweit diese Erholung gehen kann, in welchem Tempo sie sich vollziehen könnte, all das ist noch ungewiss. Aber es muss zugegeben werden, dass gerade diese Ungewissheit für die Weltwirtschaftskonferenz günstig werden könnte. Es wird ihr damit die konkrete Aufgabe gestellt, diesen — vorläufig kaum noch bemerkbaren — Erholungsprozess zu beschleunigen und zu verstärken. Und andererseits würde ein rascheres Tempo des Erholungsprozesses auf das Konto der Konferenz gesetzt werden — wenn es ihr wirklich gelingt, zu irgendeinem nennenswerten greifbaren Ergebnis zu gelangen.

Die Frage ist eben, ob und welche Erfolge im günstigsten Falle von der Konferenz erwartet werden können. Alle bisherigen Erfahrungen mit Weltkonferenzen im Rahmen und ausserhalb des Rahmens des Völkerbunds mahnen gewiss zur grössten Bescheidenheit. Und auch die trostlose Verfahrenheit in allen internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die unaufhörlichen Triumphe des unseligen «sacro egoismo» des Nationalismus dieser kapitalistischen Periode mahnen dazu. Aber andererseits steht doch vor der Konferenz eine sehr konkrete und theoretisch sehr wohl

lösbarer Aufgabe, die gleichzeitig den Schlüssel zur Lösung aller anderen Schwierigkeiten in sich birgt. Freilich kann und muss man aber angesichts der gigantischen Schwierigkeiten, die kapitalistischer Nationalismus jeder rationalen Lösung entgegenzusetzen pflegt, diesen Satz auch umkehren und feststellen: Gelingt der Weltwirtschaftskonferenz die Lösung dieser einen Aufgabe nicht, dann ist ihre ganze Arbeit im Grunde nutzlos.

Die Aufgabe, die hier gemeint ist, ist die der Wiederherstellung der internationalen Währungsstabilität. Gelingt sie, dann ist nicht nur eine gefährliche Waffe im gegenseitigen wirtschaftlichen Vernichtungskampf aller Länder zerbrochen, sondern auch der Weg für eine gewisse Milderung der Weltwirtschaftsbarrieren auf anderen Gebieten geebnet. Scheitert sie, dann können entweder gar keine internationalen Vereinbarungen über Milderungen des gegenseitigen Wirtschaftskampfes abgeschlossen werden oder sie werden von vornherein dadurch entwertet, dass die schärfste Waffe in diesem Kampf, die Entwertung der heimischen Währung gegenüber den fremden Währungen, unangetastet bleibt. Die Währungsfrage ist also die Kernfrage der Weltwirtschaftskonferenz.

Der furchtbare Druck der Wirtschaftskrise hat den internationalen Währungszusammenhang und damit eine der wichtigsten Grundlagen für ein auch nur notdürftiges Funktionieren der Weltwirtschaft zerrissen. Ähnlich wie in der Inflationsperiode nach dem Abschluss des Weltkriegs ist an die Stelle des einheitlichen Goldwährungssystems ein Neben- und Gegeneinander mehrerer Währungsgruppen getreten, mit grundsätzlich den gleichen verhängnisvollen Wirkungen auf das weltwirtschaftliche System wie damals und nur etwas dadurch gemildert, dass die Schwankungen der Währungswerte nicht so phantastisch sind wie damals und dass es diesmal im wesentlichen nur wenige Währungsgruppen gibt. Und zwar lassen sich — von unwichtigeren Ländern und von Russland mit seiner Sonderstellung im ganzen Weltwirtschaftssystem abgesehen — drei grosse Währungsgruppen unterscheiden.

Die erste Gruppe bilden die Goldwährungsländer bzw. die Länder, die sich nach dem Ablauf einer Entwertungsperiode bemühen, nunmehr die Stabilität ihrer Währungen gegenüber den Goldwährungen aufrechtzuerhalten. Diese Länder sind selbstverständlich an einer sofortigen Einstellung des Währungskampfes und das heisst von ihrem Standpunkt an einer sofortigen Rückkehr aller wichtigen Länder zur Goldwährung — unabhängig von der Frage, auf welchem Niveau ihre Währungen stabilisiert werden sollen — aufs stärkste interessiert. Denn sie sind ja die Hauptleidtragenden in diesem Kampf. Deshalb ist es auch vom Standpunkt der Goldwährungsländer zu verstehen, dass Frankreich, das führende Land dieser Gruppe, auf der Generaldebatte der Weltwirtschaftskonferenz mit aller

Energie den Standpunkt vertrat, dass ohne eine sofortige Wiederherstellung der Goldwährung die Konferenz zum Scheitern verurteilt sei. Es ist in der Tat nicht zu erwarten, dass die Goldwährungsländer darauf verzichten werden, sich gegen ein Valutadumping anderer Länder mit handelspolitischen Waffen zur Wehr zu setzen.

Die zweite Währungsgruppe bilden die Länder des sogenannten Pfundblocks, also das ganze Britische Imperium und Skandinavien. Die Währungen dieser Länder sind untereinander einigermaßen stabil, aber gegenüber den Goldwährungsländern noch immer etwas schwankend. Die Schwierigkeit der Einigung der Goldgruppe mit dieser Gruppe liegt darin, dass ihr Bedürfnis nach Preissteigerungen noch sehr stark und dringend ist. Gehören doch wichtige Rohstoffländer, die unter exorbitant niedrigen Preisen — im Verhältnis zu den weniger stark gesunkenen Kosten — leiden, dieser Gruppe an. Tatsächlich machte auch England in der Generaldebatte der Weltwirtschaftskonferenz die Wiederherstellung des Goldstandards von einer vorherigen Erhöhung des Preisniveaus abhängig.

Die dritte Gruppe schliesslich bilden die Vereinigten Staaten, die zuletzt die Goldwährung aufgegeben haben und dementsprechend noch ein sehr starkes Bedürfnis zu weiterer erheblicher Geldentwertung zu haben scheinen. Darauf deutet das im amerikanischen Kongress angenommene, ziemlich phantastische Inflationsprogramm hin, das den Präsidenten ermächtigt, für öffentliche Arbeiten und Hilfsaktionen bis zu 3,3 Milliarden Dollar — im wesentlichen auf dem Weg über die Notenpresse — aufzuwenden und den Dollarwert bis auf 50 Prozent seines Goldwerts herabzudrücken.

Auf den ersten Blick scheinen die Gegensätze zwischen diesen drei Währungsgruppen unüberbrückbar und damit die Aussichten der Weltwirtschaftskonferenz als solcher hoffnungslos. Am ehesten könnte man sich, wenn man bloss das hier skizzierte Bild von den Standpunkten der drei Gruppen vor Augen hat, eine Einigung zwischen der amerikanischen und der englischen Gruppe vorstellen. Denn beide Gruppen sind sich im Prinzip darin einig, dass die Stabilisierung ihrer Währungen erst nach einer Hebung des Preisniveaus in Frage kommen kann.

Dabei soll hier unter Stabilisierung der Währung lediglich die Rückkehr zur Goldwährung verstanden werden, nicht etwa eine Stabilisierung auf einer anderen Wertgrundlage, z. B. auf der Grundlage einer Indexwährung. Zwar ist, insbesondere in England und Amerika, die Auffassung weit verbreitet, dass besser als eine Orientierung der Währung am Gold ihre Orientierung an den Preisen der Waren, wichtiger als die Stabilhaltung des Goldpreises die Stabilhaltung des Preisniveaus (gemessen an einem Index, daher der Name Indexwährung) sei. Will man

aber am Ideal der internationalen Währungsgemeinschaft festhalten — und die Geschichte aller Perioden der Zerstörung der internationalen Währungsgemeinschaft beweist, wie lebensnotwendig für die kapitalistische Wirtschaft das Festhalten an diesem Ideal ist — dann erscheinen die Schwierigkeiten, die sich der Einführung einer Indexwährung entgegentürmen, schier unüberwindlich. Wie soll bei den grossen Verschiedenheiten der Preisentwicklung in den einzelnen Ländern ein alle wichtigen Interessen berücksichtigender Index gefunden und welche Organe sollen geschaffen werden, um die Anpassung der nationalen Währungen an diesen Index zu gewährleisten? Es müsste schon eine sehr starke und mit grossen Machtbefugnissen ausgestattete internationale Organisation sein, wenn sie gewährleisten soll, dass die Indexwährung so reibungslos funktioniert wie die Goldwährung bis zur gegenwärtigen Krise. Ist die kapitalistische Welt, die es bisher noch nicht einmal zur losesten Zusammenarbeit der grossen Notenbanken, nicht einmal in den kritischsten Augenblicken gebracht hat, zu einer solchen, tief in die Handlungsfreiheit auch der grössten Länder eingreifenden Organisation reif? Wird sie jemals, solange sie kapitalistisch bleibt, dazu reif sein? Man mag diese Frage beantworten, wie man will, jedenfalls wäre es schon ein kaum zu erhoffendes Glück, wenn der Weltwirtschaftskonferenz die Erreichung des viel, viel bescheideneren Zieles, das hier skizziert werden soll, gelänge.

Es ist daher begreiflich, dass auch England und Amerika, da sie sich nun einmal der grundsätzlichen Notwendigkeit der Wiederherstellung einer internationalen Währungsgemeinschaft bewusst sind, nur an die Rückkehr zur Goldwährung und nicht an den Uebergang zu einer Indexwährung denken. Freilich sollte nach den in beiden Ländern vorherrschenden Auffassungen diese Währung, obwohl noch als Goldwährung konstruiert, doch eine «manipulierte Währung» sein, und zwar sollte die Währungspolitik aller Länder am Ziel der möglichst weitgehenden Herstellung eines stabilen Preisniveaus sein. Ohne Zweifel würde der Währungspolitik, wenn sie im internationalen Rahmen durchgeführt würde, auch innerhalb der Goldwährung ein sehr weitgehender Spielraum zur Annäherung an dieses Ziel gegeben sein. Aber auch dies ist letzten Endes nur eine Frage der Fähigkeit der kapitalistischen Länder zur internationalen Zusammenarbeit und nicht eine Frage der absoluten Qualitäten des einen oder des anderen Währungssystems. Wenn daher die englische Regierung, der dieses Ideal einer manipulierten Währung vorschwebt, auf der Weltwirtschaftskonferenz Vorschläge über die Reform der Goldwährung machte, deren Kern die engere Zusammenarbeit der Notenbanken ist, so kann man diesem Standpunkt durchaus zustimmen. Aber kann er im Munde einer grosskapitalistischen Regierung viel mehr als die Verbeugung des Lasters vor der Tugend sein?

Für den gegenwärtigen Augenblick genügt jedenfalls die Feststellung, dass England und Amerika sich im Prinzip darüber einig sind, dass zuerst die Preise gehoben und dann der Weg zurück zur Goldwährung gefunden werden muss. Freilich bedeutet diese Einigung im Prinzip noch lange keine faktische Einigung. Es zeigt sich auch hier wieder, dass jeder Schritt von der internationalen Währungsgemeinschaft weg die internationale Zusammenarbeit erschwert und die internationalen Konflikte vermehrt. Technisch wäre eine Einigung zwischen Amerika und England über eine gemeinsame Währungspolitik leicht vorstellbar und es scheinen Verhandlungen dieser Art schon in den ersten Tagen der Weltwirtschaftskonferenz stattgefunden zu haben. Die technische Aufgabe einer gegenseitigen Stabilisierung von Pfund und Dollar wäre auf dem Wege über einen gemeinsamen Währungsausgleichsfonds, wie er heute schon für England allein besteht, verhältnismässig leicht zu lösen. Aber das eigentliche Problem ist kein technisches, sondern ein ökonomisches. Es ist die Frage, wie weit Amerika mit seiner Inflationspolitik gehen will und wieviel andererseits England am Zusammenhang mit den Goldwährungsländern, denen es geographisch und ökonomisch viel mehr benachbart ist als Amerika, liegt und wieviel Scheu es vor einer Verstrickung in ein weitgehendes Inflationsexperiment hat. Eine englisch-amerikanische Währungsgemeinschaft könnte nämlich der Auftakt zu einer gefährlichen Verschärfung des Weltwirtschaftskampfes werden.

Diese Gefahr würde dann entstehen, wenn England sich im Rahmen einer Währungsgemeinschaft mit Amerika damit abfinden würde, dass Amerika seinen Geldumlauf in den Grenzen des Inflationsprogramms des Kongresses erweitert. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Goldwährungsländer eine solche Währungspolitik nicht mitmachen, sondern bekämpfen würden, ja von ihrem Standpunkt bekämpfen müssten. Denn sie müssten sich gegen das in diesem Fall unvermeidliche Valutadumping zur Wehr setzen. Für Amerika — und England, falls es mitmachen sollte — selbst aber würde die sehr rasche und starke Steigerung des Geldumlaufs mitten aus einer tiefen Wirtschaftsdepression heraus die schwersten Gefahren eines Booms mit stärksten inneren Missverhältnissen zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen hervorrufen. Eine solche unnatürliche Aufblähung einzelner Wirtschaftszweige müsste rasch zu ihrem Zusammenbruch und damit zu einer Erneuerung und Verschärfung der Wirtschaftskrise führen. Die Gefahren, die auf diesem Wege drohen, sind also sehr gross, sowohl für diejenigen, die ihn beschreiten, als auch für diejenigen, die dieser Entwicklung Widerstand entgegensetzen, um nicht von ihr überrannt zu werden.

Dies ist die eine grosse Gefahr, vor der die Weltwirtschaftskonferenz und mit ihr die Weltwirtschaft selbst steht. Es scheint aber, dass auch England diese Gefahr fürchtet — nicht etwa aus

Sympathie für die übrige Weltwirtschaft, sondern aus Angst, von Amerika zu tief in die Inflation hineingerissen und in einen schweren Wirtschaftskonflikt mit seinen kontinentalen Nachbarn verwickelt zu werden. Deshalb liegt die Annahme näher, dass ein — wenn auch nicht formeller, so doch faktischer — Währungsblock nicht zwischen England und Amerika, sondern zwischen England und den Goldwährungsländern zustande kommt. Das würde bedeuten, dass nicht wie im ersten Fall die Goldwährungsländer, sondern umgekehrt die Vereinigten Staaten währungspolitisch isoliert werden und dass England faktisch — wenn auch noch nicht formell — zur Goldwährung zurückkehrt.

In diesem Fall müsste sich England damit begnügen, das von ihm erstrebte Ziel der Steigerung der Rohstoffpreise im wesentlichen auf den wirtschaftspolitischen Wegen zu erreichen, die heute allgemein angestrebt werden. Der wichtigste dieser Wege ist der Versuch, innerhalb eines Landes, womöglich aber durch internationale Abmachungen die Produktion bestimmter Rohstoffe zu regulieren — in dem bescheidenen Rahmen natürlich, in dem Wirtschaftsregelung innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt möglich ist. Hingegen könnte der auf der Weltwirtschaftskonferenz vom englischen Schatzkanzler erwähnte Weg der Anregung der Produktion durch « billiges Geld » nur im Rahmen der Goldwährung beschritten werden, der für ein einzelnes, isoliert vorgehendes Land natürlich eng begrenzt ist.

Entschliesst sich England, diesen zweiten Weg zu beschreiten, so wird damit zwar für das übrige Europa eine Erleichterung geschaffen, das Kernproblem der Weltwirtschaftskonferenz bleibt aber nach wie vor ungelöst. Denn die Vereinigten Staaten sind auch allein stark genug, wenn sie auf ihrem Inflationsprogramm beharren, jede engere internationale Zusammenarbeit zum Scheitern zu bringen. Und es ist in der Tat kaum zu erwarten, dass Amerika um der Weltwirtschaft willen auf die Durchführung dieser Pläne verzichtet. In dem grossen Wiederaufbauprogramm, das Präsident und Kongress ausgearbeitet und verabschiedet haben, spielt zwar die Inflation nur eine zusätzliche Rolle und der gewaltige übrige Teil des Programms — Regulierung der Produktion, der Preise, der Löhne und der Arbeitszeit in der Industrie, Einschränkung der Anbauflächen in der Landwirtschaft und Subventionierung der Farmer durch indirekte Steuern auf die Farmprodukte — könnte auch ohne Inflation durchgeführt werden. Ja, selbst für die Durchführung der öffentlichen Arbeiten würde sich bei der heutigen Geldflüssigkeit und dem grossen Vertrauen, das der Staat in Amerika geniesst, genügend Kapital, wenn auch in etwas bescheidenerem als dem geplanten Rahmen finden. Aber trotzdem ist bei dem « Prosperity »-Taumel, der wieder einmal Amerika äh-

lich wie in den Zeiten Hoovers erfasst hat, kaum anzunehmen, dass die amerikanische Regierung auch nur einen Stein aus ihrem Programmgebäude herausbrechen lässt.

Weigert sich aber auch nur Amerika, einer internationalen Vereinbarung über die Stabilisierung der Währungen beizutreten, dann bleibt, um es nochmals zu sagen, das Kernproblem der Weltwirtschaftskonferenz ungelöst und die Konferenz selbst ist faktisch gescheitert, mögen auch in andern grundsätzlich nicht unwichtigen Fragen — wie z. B. Fragen der Regulierung der Produktion gewisser Rohstoffe, Fragen der handelspolitischen Diskriminierungen usw. — internationale Vereinbarungen zustande kommen.

Freilich gibt es auch in diesem Fall noch gewisse technische Möglichkeiten, um das Scheitern der Konferenz nicht als allzu brüsk erscheinen zu lassen. Die eine Möglichkeit ist die, dass sich die Konferenz nach Erledigung der minder entscheidenden Fragen bis zu dem Zeitpunkt vertagt, wo die Vereinigten Staaten den Dollar genügend gesenkt haben, um sich zu einer Stabilisierung der Währung zu entschliessen. Die andere Möglichkeit ist die, dass die Konferenz ihre Beschlüsse so fasst, als ob die internationale Währungsstabilisierung gelungen wäre, diese Beschlüsse aber mit der Klausel versieht, dass sie erst mit dem Zeitpunkt der amerikanischen Währungsstabilisierung in Kraft treten.

Beides wären Notauswege, deren praktische Bedeutung überaus problematisch wäre. Denn die kapitalistische Wirtschaft ist nicht so rationalistisch eingerichtet, dass sich Termine für die Einschlagung bestimmter Wege vorausbestimmen liessen. Niemand kann wissen, wie das Schicksal der Weltwirtschaft sich gestalten wird, wenn die amerikanischen Inflationsprojekte durchgeführt werden. Niemand kann wissen, wann und unter welchen Umständen Amerika der Inflation Einhalt gebieten wird und was für weltwirtschaftliche Probleme inzwischen auftauchen werden. Kommen nicht jetzt schon die Beschlüsse zustande, um derentwillen die Weltwirtschaftskonferenz einberufen wurde, so bleibt eben ihre Aufgabe ungelöst und es bleibt nur die schwache Hoffnung übrig, dass zu irgendeinem späteren Zeitpunkt — der günstigste wäre allerdings der eines baldigen Abstoppens der amerikanischen Inflation — eine Situation eintreten wird, die der Lösung dieser Aufgaben weniger Hindernisse entgegenstellen wird als die gegenwärtige Situation.

Auch die gegenwärtige Weltwirtschaftskonferenz wird also wieder die Unfähigkeit der kapitalistischen Welt enthüllen, ihrer gemeinsamen Probleme durch gemeinsame Anstrengungen Herr zu werden. Diese Aussicht kann uns aber nicht mit Schadenfreude erfüllen. Denn die Hauptleidtragenden sind und bleiben ja immer die Arbeiter, die der Wirtschaftskrise den schwersten Tribut in Form von Arbeitslosigkeit und Lohneinbussen zu zollen haben. Dafür muss sich aber ihre Ueber-

zeugung befestigen, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem — selbst wenn es auch noch vorübergehende Erleichterungen finden sollte — immer unfähiger wird, seine Probleme zu lösen, und dass weltgeschichtlich gesehen kein anderer Ausweg mehr übrig bleibt, als dass die Völker ihre wirtschaftlichen Geschicke selbst in die Hand nehmen und eine völlig regulierte, also sozialistische Wirtschaft an Stelle der heutigen setzen.

## Arbeiterbewegung.

### Textilarbeiter.

Ein Jubilar. Am 10. Mai 1908 beschloss der Verbandstag des Textilarbeiterverbandes die Schaffung einer dritten Sekretärstelle und wählte hierfür den Kollegen Casimir Nussbaumer, der auf 1. Juni jenes Jahres sein Amt antrat. 25 Jahre steht Casimir Nussbaumer nun im Dienste der Textilarbeiter, und wer die Arbeit eines Gewerkschaftsfunktionärs kennt, der weiss ein solches Jubiläum auch zu würdigen. Kollege Nussbaumer ist als langjähriges Mitglied des Ausschusses des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes auch der übrigen Arbeiterschaft kein Unbekannter, und wir wissen uns mit ihr einig, wenn wir dem pflichttreuen Funktionär für seine Arbeit zur Verbesserung des Loses der Arbeiterschaft auch an dieser Stelle unsern Dank aussprechen und ihm weitere Jahre freudigen Wirkens für unsere gemeinsame Sache wünschen.

### Tagungen schweizerischer Verbände.

Der Schweizerische Buchbinderverband hielt über Pfingsten eine gutbesuchte Delegiertenversammlung in Biel ab. Sie genehmigte Jahresbericht und Jahresrechnungen und beschloss nach einem ausführlichen Referat von Sekretär Hochstrasser und gründlicher Diskussion die nötigen Massnahmen zur Aufrechterhaltung der Schlagkraft der Organisation und der Leistungsfähigkeit ihrer Institutionen. Als Vorort wurde Bern bestätigt. Die nächste Delegiertenversammlung soll in La Chaux-de-Fonds stattfinden.

Der Schweizerische Eisenbahnerverband versammelte seine Delegierten unmittelbar nach dem Volksentscheid vom 28. Mai im neuen Volkshaus in Biel. Im Mittelpunkt der Tagung standen zwei Referate von Kollegen Robert Bratschi über die wirtschaftlichen Fragen und von Kollegen Dr. Max Weber über die Krisensteuer. In voller Einmütigkeit stellte sich die Delegiertenversammlung auf die vom Vorstandsvorstand vorgelegten Beschlüsse betreffend die wirtschaftlichen Fragen, betreffend die Sanierung der Bundesbahnen und betreffend die Erhaltung der demokratischen Volksrechte. Ebenso einmütig wurde die Erhebung eines obligatorischen Sonderbeitrages zugunsten des Solidaritätsfonds und zugunsten der ausgesteuerten Arbeitslosen. Dadurch wird es dem Eisenbahnerverband möglich sein, einen Betrag von rund 250,000 Franken für die Unterstützung ausgesteuerter Arbeitsloser zur Verfügung zu stellen. Damit wird durch die praktische Tat bewiesen, dass die Eisenbahner nicht nur an die Solidarität der Privatarbeiterschaft appellieren, sondern dass sie auch gewillt sind, ihrerseits Solidarität zu halten, wie das auch in den übrigen Beschlüssen der Delegiertenversammlung zum Ausdruck kommt.

Die ordentliche Delegiertenversammlung des Stickereipersonalverbandes tagte am 28. Mai in Flawil. Sie genehmigte Jahresbericht und